

Dokumentation



**GELEBTE
DEMOKRATIE**
Dessau-Roßlau

**Wir alle begreifen das Glück der
Freiheit stärker, wenn wir uns beteiligen**



23. November 2010, Liboriusgymnasium

1. Netzwerkkonferenz GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau



**LOKALER AKTIONSPLAN
DESSAU/ROSSLAU**



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Inhalt	Seite
Vorbemerkungen	3
Eröffnung und Begrüßung Folker Bittmann (Leitender Oberstaatsanwalt Dessau-Roßlau; Mitglied im SprecherInnenrat des Netzwerkes)	4
Grußwort Prof. Dr. med. Christos C. Zouboulis (Chefarzt Städtisches Klinikum Dessau; Mitglied im SprecherInnenrat des Netzwerkes)	6
Kurzinput: Ein Jahr Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau – Bilanz und Ausblick Steffen Andersch (Lokaler Aktionsplan für Demokratie und Toleranz)	7
Fachimpuls: Die NPD im Vormarsch? - Voraussetzungen und Handlungsstrategien für eine erfolgreiche Praxis der Auseinandersetzung und Intervention Pascal Begrich (Miteinander e. V.; Mitautor der Studie „Die NPD in den Kommunalparlamenten in Sachsen-Anhalt“)	8
Ergebnisse der Arbeitsgruppen	12
Zwischenbilanz und Ausblick	20
Impressum	21

Vorbemerkungen

Liebe Leserinnen und Leser,

die erste Netzwerkkonferenz GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau ist nun Geschichte. Die Dokumentation, die Sie jetzt auf dem Bildschirm sehen oder in der Hand halten, fasst die Grußworte und den inhaltlichen Fachimpuls zusammen und versucht vor allem, die kontrovers-fruchtbaren Diskussionsverläufe in den Arbeitsgruppen zu skizzieren.

Um eine Nachvollziehbarkeit auch für die Interessierten zu gewährleisten, die der Konferenz nicht beiwohnen konnten, haben wir uns dafür entschieden, die einzelnen Schritte und Etappen in den Arbeitsgruppen mit Sequenzen aus den visualisierten Ergebnissen (Bildprotokolle) zu vervollständigen.

Auf ausdrückliche Bitte zahlreicher Gäste finden Sie die um die postalischen Adressen geschwärzten Teilnehmerlisten (Datenschutz) auf unserer Internetseite www.gelebtedemokratie.de im Bereich „Material“.

An dieser Stelle möchten wir uns, auch und gerade im Namen vieler Konferenzgäste, bei den zahlreichen HelferInnen bedanken, ohne deren Engagement der organisatorische Aufwand nicht zu meistern gewesen wäre. Dieser Blumenstrauß geht insbesondere an die MitarbeiterInnen der Servicestelle SCHULE OHNE RASSISMUS in und bei der Deutschen Angestellten-Akademie. Das gilt im gleichen Maße für die Unterstützung durch das Gleichstellungsbüro der Stadt Dessau-Roßlau, die Werbeagentur Design Royal, das Städtische Klinikum sowie die hiesige Staatsanwaltschaft.

Bei den ModeratorInnen und ReferentInnen bedanken wir uns für ein fachkompetentes Programm und eine strukturierte Begleitung und Ergebnissicherung.

Ein herzliches Dankeschön geht nicht zuletzt an die MitarbeiterInnen des Liborius-Gymnasiums, ohne deren unbürokratische und aktive Hilfe der Tag nicht so reibungslos über die Bühne gegangen wäre.

Wir wünschen Ihnen viele Anregungen und eine kritische Reflexion beim Lesen und würden uns freuen, wenn Sie Hinweise, Anmerkungen und Beiträge direkt an uns weiterleiten.

*Die Redaktion
im Dezember 2010*

Eröffnung und Begrüßung

Folker Bittmann

(Leitender Oberstaatsanwalt Dessau-Roßlau; Mitglied im SprecherInnenrat des Netzwerkes)



Der Leitende Oberstaatsanwalt Folker Bittmann, der zugleich aktiv in der Arbeitsgruppe 3 des Netzwerkes mitarbeitet, eröffnet die Konferenz und begrüßt die rund 65 Gäste: „Herzlich willkommen im Parlament unseres Bündnisses, in unserer Vollversammlung.“ Zu einer gelebten Demokratie, da ist sich der engagierte Mitstreiter im SprecherInnenrat des Netzwerkes sicher, gehöre vor allem zweierlei: **„Politiker dürfen sich nicht abkapseln oder ständig unter sich bleiben und die Bevölkerung als störend betrachten.“** Schließlich, so Bittmann weiter, seien die gewählten VolksvertreterInnen die RepräsentantenInnen der BürgerInnen, deren zentrale Aufgabe darin bestünde, Stimmungslagen ernst zu nehmen und im politischen Raum darauf zu reagieren: „Sie müssen wissen, wo den Menschen der Schuh drückt.“ Die Bevölkerung andererseits, dürfe sich aus öffentlichen Angelegenheiten und der Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens nicht einfach so heraushalten und alles delegieren. Deshalb betont der Leitende Oberstaatsanwalt, dass eine funktionierende Demokratie auf eine beidseitige Beteiligung angewiesen sei: „Wir brauchen Politiker, die dem Volk verbunden sind und Bürger, die Politiker nicht allein lassen.“

„Zu unserem Glück gehört es, Partner zu haben. Wenn das gelingt, dann wird es uns plötzlich wichtig, dass wir für den Partner etwas tun können“, zitiert Bittmann Joachim Gauck. **„Wir sind nicht dafür da, dass wir auf den Sesseln sitzen und in den Fernseher glotzen. Glück kommt nicht, Glück wird.** Wir alle begreifen das Glück der Freiheit stärker, wenn wir uns beteiligen. Das ist das große Geheimnis gelingenden Lebens.“

Offen, ehrlich, ernsthaft und sachlich miteinander den Dialog zu suchen, sei eine Voraussetzung für ein „sinnvolles Zusammenwirken von Politik und Volk“. Sich nicht zu kennen und nicht aufeinander zu zugehen, führe zwangsläufig in die Irre. Diese Forderung illustriert Folker Bittmann mit Beispielen, die gerade nicht für eine BürgerInnenbeteiligung und einen notwendigen gesellschaftlichen Diskussions- und Vermittlungsprozess stehen würden: „Sarrazin und die Integration, qualifizierte Ausländer, deren Talente wir verschenken, weil sie nicht in ihrem erlernten Beruf tätig sein dürfen. Atomenergie mit ihren Hinterlassenschaften über Tausende von Jahren. Klimawandel, demografischer Wandel und die Hartz 4-Gesetze.“ Beschränken will er sich aber dennoch auf den regionalen Kontext – und da staunt er über Bemerkenswertes: „Dessau ist – wenn auch zu Unrecht – national in den Ruf geraten, eine Hochburg der Rechtsextremisten zu sein. Und international ist Dessau auf absehbare Zeit mit den Namen Alberto Adriano und Oury Jalloh verbunden.“ Da nützte auch der Hinweis nichts, dass die Mörder Alberto Adrianos nicht aus Dessau stammten und das Oury Jalloh nicht Opfer eines Kapitalverbrechens gewesen sei. Spätere Vorfälle – selbst wenn es sich nur um Ungeschicklichkeiten und nicht um Sympathie mit oder Blindheit gegenüber Rechtsaußen gehandelt habe, hätten demnach die Gräben in der Stadt immer wieder aufgerissen: „Deutlich wurde das für alle, als vor einem Jahr die Grenzen notwendiger Ermittlungen gegen des Rauschgifthandels Verdächtigen völlig unnötig überschritten wurden und sich Schwarzafrikaner bei diesen und anderen Anlässen ungerecht behandelt fühlten.“ Neu seien im Umkehrschluss, so reflektiert der Leitende Oberstaatsanwalt aus

seiner beruflichen Praxis, Strafanzeigen Deutscher mit der Behauptung, von Schwarzafrikanern in einer Gaststätte einfach nur so wegen ihrer weißen Hautfarbe und ohne augenscheinlichen Grund angegriffen worden zu sein. Ähnlich liege ein Fall, dass ein Arzt, der nicht so wollte wie sein osteuropäischer Patient, von diesem gleich als Nazi-Arzt beschimpft worden sei. Ob sich die Vorfälle bestätigen oder ob noch etwas anderes dahinter steckt, sei indes noch offen: „Jedenfalls ist ein solcher Umgang miteinander alles andere als akzeptabel.“

Doch Dessau, davon ist er überzeugt, nehme das alles nicht resigniert und schicksalsergeben hin. Zu sprechen kommt er zudem auf Gewalttaten zwischen ganz rechts und ganz links, die noch vor zwei Jahren nahezu täglich die Schlagzeilen dominiert hätten: „Wir alle - Bürger und Institutionen – haben an der Wiederherstellung des öffentlichen Friedens mitgewirkt.“ Dass das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE inzwischen von circa 50 öffentlichen und privaten Einrichtungen getragen wird, sei dabei ebenso bemerkenswert wie eine andere Debatte: „Wie sehr sich auch die Stadt bewegt, zeigt sich an der sogenannten Blut- und Tränenliste.“ Noch gebe es sicherlich kein optimales Zusammenwirken zwischen Stadt und Bevölkerung, aber das Bemühen darum sei sichtbar, so Bittmann mit Verweis auf erste Ergebnisse um einen Bürgerhaushalt.



„Ganz eigennützig“ spricht er zudem die anwesenden Stadträte auf ein Problem an, dass im kommenden Jahr gelöst werden müsse. Ohne ein Minimum an Verwaltung komme auch das Netzwerk nicht aus: „Das alles ist nicht allein ehrenamtlich oder nebenbei zu bewältigen.“ Erfreut zeigt sich Bittmann, dass es gelungen sei, im Jahr 2011 Mittel für eine halbe Personalstelle zur inhaltlichen und administrativen Koordination des Bündnisses aufzutreiben: „Was

wir aber brauchen und ohne Hilfe der Stadt nicht schaffen können, ist eine Verstetigung dieser unserer Arbeit.“ Dies sei umso wichtiger, um die ersten Schritte für einen erfolgversprechenden Weg des aufeinander Zugehens zwischen BürgerInnen und Verwaltung in der Stadt weiter voran zu treiben. „Realistisch, ehrlich und ohne Ausgrenzung“, wie der Leitende Oberstaatsanwalt indes betont.

Die im kommenden Jahr anstehenden Herausforderungen werden nur auf diesem Wege zu meistern sein, wagt er indes einen Ausblick: „Die NPD hat unsere Stadt zum Schwerpunkt ihres Wahlkampfes erkoren. Es ist ein konzentrierter, antidemokratischer, aggressiver und verlogener Wahlkampf mit menschenfeindlicher Propaganda zu erwarten.“ Die rechtsextreme Partei werde dabei Themen aufgreifen, die den Menschen unter den Nägeln brennen. Genau darauf müssten sich alle DemokratInnen einstellen: „Hier reicht es eben nicht das Herrenmenschentum der NPD hervorzuheben, sondern es müssen auch inhaltlich überzeugende Antworten auf die Sorgen der Bürger gefunden werden.“ Dies werde nur gelingen, wenn eine Gemeinsamkeit für Demokratie und Freiheit von allen demokratischen Parteien und Gruppierungen getragen werde. Erste Schritte dazu seien in Dessau-Roßlau bereits Erfolg versprechend auf den Weg gebracht. In der Muldestadt seien dazu weit positivere Signale zu verbuchen, als in anderen Ortschaften, die kürzlich erst überregional

im Fokus standen. Dabei weiß Bittmann aus der Kleinstadt Laucha im Burgenlandkreis zu berichten, wo ein NPD-Mann als Bürgermeisterkandidat überproportional viel Zuspruch aus der Bevölkerung erhalten habe. Oder eben von einem SPD-Bürgermeister in Krauschwitz, der offen und nachdrücklich Sympathie mit der neonazistischen NPD bekundete. „Krauschwitz“, so Bittmann weiter: „Was für ein Name? Lassen sie die ersten beiden Buchstaben weg und sie landen in Auschwitz.“

„Die NPD ist derzeit die größte Bedrohung für die Menschen und für unser aller und gleicher Freiheit. Deshalb müssen wir uns ihr jetzt hier entgegenstellen“, mahnt Bittmann an. Und dies sei kein Ausdruck irgendeiner politischen Präferenz, sondern ein Dienst an der demokratischen Stadtgesellschaft: „Wer jetzt der NPD entgegentritt billigt nicht etwa gleichzeitig vermutlich linksextreme Praktiken.“ An dieses langfristige Engagement für Demokratie und Freiheit, auch abseits von Wahlkämpfen und drohenden rechtsextremen Kampagnen, glaubt Folker Bittmann: **„Wir können es schaffen – offenen Herzens und in demokratischem Geist. Machen Sie alle mit. Bitte!“**

Grußwort

Prof. Dr. med. Christos C. Zouboulis

(Chefarzt Städtisches Klinikum Dessau; Mitglied im SprecherInnenrat des Netzwerkes)



Prof. Dr. med. Christos C. Zouboulis, Chefarzt im Städtischen Klinikum und Gesicht des Netzwerkes GELEBTE DEMOKRATIE kann sein Grußwort kurz halten – sein Vorredner hat die wichtigsten Dinge bereits auf den Punkt gebracht. **„In einer Demokratie zu leben und die Entscheidungen über das allgemeine Wohl mitzugestalten, ist auch heute im 21. Jahrhundert noch ein Privileg“**, merkt er eingangs an. Viele Menschen auf der Welt lebten auch heute noch in politischen Systemen, die die Meinungen ihrer BürgerInnen unterdrücken. Doch das zarte Pflänzchen der Demokratie sei auch in Deutschland noch nicht auf alle Zeiten gefestigt: „Sie benötigt eine besondere Pflege, wie kleine Kinder auch.“

Im Gegensatz zu anderen politischen Systemen, die den eigenen Schutz von oben praktizierten, stehe in einer Demokratie das Interesse der eigenen BürgerInnen im Mittelpunkt, fließe es aktiv in die Aushandlungsprozesse ein.

„Demokratie ist tatsächlich das, was man daraus macht“, spielt Prof. Zouboulis auf den Slogan des Netzwerkes an und kritisiert damit zugleich die oft eingeschlifene Mentalität, den Schutz der Demokratie an vermeintlich Zuständige zu übertragen, sich einfach unbeteiligt zurückzuhalten und ausschließlich die Versäumnisse der Anderen zu beklagen. In einer gelebten Demokratie, die eine solche Klassifizierung verdiene, so Prof. Zouboulis, müssten gewählte VertreterInnen und die BürgerInnen Hand in Hand kooperieren. PolitikerInnen, die die Präsenz der BürgerInnen als Last und Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit empfinden würden, hätten ein falsches Verständnis von ihren Aufgaben und ihrer Rolle. Aber auch BürgerInnen, die für das Gemeinwohl nichts mehr übrig haben, verpassten eine Chance selbst für das eigene Wohl zu sorgen. Deshalb steht für den Chefarzt fest, dass gerade dort die Demokratie in Gefahr gerate, wo Menschen das Interesse an Beteiligung und politischen Prozessen verlieren würden. Mangelnde Wahlbeteiligungen beobachtet Prof. Zouboulis in verschiedenen Ländern Europas und warnt davor, dies als ausschließlichen Ausdruck

einer „Bürgerfrustration“ zu bagatellisieren: „Die Distanzierung der PolitikerInnen von den BürgerInnen ist ein Phänomen, was eher der Unbeteiligte erkennt.“

Kurzinput: Ein Jahr Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau – Bilanz und Ausblick

Steffen Andersch

(Lokaler Aktionsplan für Demokratie und Toleranz)



Einen kurzen Abriss über die Entwicklungen des Netzwerkes GELEBTE DEMOKRATIE im ersten Jahr seines Bestehens liefert dann Steffen Andersch von der Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplans für Demokratie und Toleranz. Der Netzwerkgründung am 07. Dezember 2009 im Alten Theater seien intensive Diskussionsprozesse voraus gegangen, an denen neben zivilgesellschaftlichen Trägern und Initiativen zahlreiche Institutionen, die Stadtverwaltung, Persönlichkeiten und engagierte Einzelpersonen beteiligt waren. Was kann der unzureichend ausgeprägten Bereitschaft zur demokratischen Mitgestaltung in der Stadtgesellschaft an motivierenden Elementen entgegengesetzt werden? Wie können Angebote zur Partizipation der BürgerInnen attraktiver designt werden? Wie können möglichst viele BürgerInnen aktiv auf diesem Weg mitgenommen werden, um der Zuschauerdemokratie eine Absage zu erteilen? Wie kann eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen den engagierten Trägern optimiert werden? Diese Fragestellungen, so Andersch, seien sowohl Ausgangssituation als auch „selbst auferlegte Messlatte“ des Netzwerkes gewesen.

Den ersten Lackmустest für das noch zarte Netzwerkpflänzchen, machte der Referent indes im demokratische Protest gegen die Neonazidemonstration im März dieses Jahres aus. Habe der Oberbürgermeister Klemens Koschig dies als „erfolgreiches Gesellenstück“ gelobt, fällt die Analyse bei Andersch etwas nüchterner aus: „Das war eher ein Schritt hin zu einem Gesellenstück“. Die Breite des Protestes sei ausbaufähig, auch wenn positive Mobilisierungseffekte erkennbar zu konstatieren wären: „Erstmals ist es in einem nennenswerten Umfang gelungen, dass die Kommunalpolitik Gesicht gezeigt hat und sich zum Teil an die Spitze der Bewegung stellte.“

„Die Entwicklung eines tragfähigen Handlungskonzeptes für das Netzwerk – quasi der strategisch-operative Kompass – ist wohl bislang das tatsächliche Gesellenstück des Bündnisses“, so das Mitglied im SprecherInnenrat. Erst die informelle Vernetzung und Kommunikation sowie das Zusammenführen unterschiedlicher Expertisen der Beteiligten habe einen Praxistransfer von Know-How und Beratungsangeboten ermöglicht. Andersch plädiert für eine unermüdliche Taktik der kleinen Schritte: **„Demokratieverdrossenheit kann nicht über Nacht abgebaut werden.** Viele prozesshaft angelegte Schritte können dazu führen, dass die Bereitschaft, sich aktiv in die Ausgestaltungsprozesse einzubringen, erhöht werden können.“ Wie die Angebote des Netzwerkes an die BürgerInnen herangetragen werden und letztlich dazu führen könnten, die AdressatInnen zum aktiven Handeln zu animieren, das sei in den letzten Monaten mehrmals Gegenstand von Strategiedebatten gewesen: „Da haben wir intern bereits heiß diskutiert.“

In dem Bedarf, verbindlichen und nachhaltigen Strukturen für gegenseitige Information in der hiesigen Träger- und Initiativlandschaft zu entwickeln und dabei gemeinsame Interventionsstrategien nicht aus dem Blick zu verlieren, macht Andersch eine zentrale Herausforderung für das Netzwerk aus. Mangelhafte Abstimmung führe demnach noch zu oft zu hemmenden Parallelstrukturen und verhindere damit notwendige Synergien: „**Auf demokratiefeindliche Tendenzen und Ereignislagen wird oft nur aktionistisch und nicht mit den gebotenen integrierten Handlungsstrategien reagiert.**“ Das führe im Ergebnis dazu, dass eine „krisenbewährte Intervention“ oft nicht möglich sei.

Mit dem Ziel, modellhafte Projektideen einer breiteren Masse zugänglich zu machen, habe das Netzwerk eine erste Erfassung auf dem Bildungssektor durchgeführt. Im Fokus stehe dabei, so erläutert Andersch, vor allem eine Prämisse: „Nachnutzung als Verstetigung“. Auf der Haben-Seite des Netzwerkes verbucht er gleichwohl den Ausbau von Kooperationsgeflechten und eine gegenseitige Qualifizierung und Professionalisierung der AkteurInnen im Bündnis.

Andersch fordert indes ein „präventiv angelegtes Frühwarnsystem“ in der Stadt und weist dieses Vorhaben als einen weiteren Schwerpunkt des Netzwerkes aus. Da demokratiefeindliche Einstellungs- und Handlungsmuster nicht verboten werden könnten und mithin zur gesellschaftlichen Realität – auch in Dessau-Roßlau – gehören würden, müsse es darum gehen, solche Entwicklungen nicht „deutungsmächtig und mehrheitsfähig“ werden zu lassen. Deshalb sei gerade die Phase des Erkennens von immanenter Bedeutung, um letztlich zeitnah mit der gebotenen Intervention reagieren zu können. Hier sieht Andersch noch klare Defizite: „**Das funktioniert in der Stadt bisher nur punktuell.**“

Auch das Mitglied im Netzwerk-SprecherInnenrat betont, dass die Auseinandersetzung mit dem bevorstehenden NPD-Wahlkampf die wohl größte Herausforderung für den noch jungen Zusammenschluss sein wird: „**Hier scheint eine gemeinsame Positionierung, ein Schulterschluss aller demokratischer Kräfte notwendiger denn je.**“ Erste Vorgespräche im politischen Raum, lassen ihn dazu vorsichtig optimistisch werden: „Es zeichnet sich ein hoher Sensibilisierungsgrad ab und auch der Wille, gemeinsam und über Parteigrenzen hinweg aktiv zu werden und Position zu beziehen.“

Fachimpuls: Die NPD im Vormarsch? - Voraussetzungen und Handlungsstrategien für eine erfolgreiche Praxis der Auseinandersetzung und Intervention

Pascal Begrich

(Miteinander e. V.; Mitautor der Studie „Die NPD in den Kommunalparlamenten in Sachsen-Anhalt“)



Der Referent Pascal Begrich, Geschäftsführer von Miteinander e.V. und Mitautor der aktuellen Studie „Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts“, liefert den Anwesenden grundlegende Informationen, um die nötige Strategiedebatte zum Umgang mit dem NPD-Wahlkampf in praktische Bahnen zu lenken. Er beleuchtet dabei die Erfolgsbedingungen rechtsextremer Parteien bei Wahlen, den zu erwartenden Landtagswahlkampf der NPD in Sachsen-Anhalt sowie mögliche Impulse Erfolgs versprechender Strategien für demokratische

Parteien, Organisationen und BürgerInnenbündnisse.

Die NPD sei demnach in Sachsen-Anhalt mit 29 Mandatsträgern in fünf Fraktionen und mit 16 Mandaten auf Stadt- und Gemeinderatsebene in den Kommunalparlamenten vertreten. Eine der aktivsten Fraktionen ist dem Referenten zufolge jene im Burgenlandkreis, um deren Gallionsfigur Lutz Battke. Beim Einzug in Kreistage und Stadtparlamente gehe es der NPD nicht darum, aktiv kommunale Politik in der Diskussion mit den anderen Parteien mitzugestalten: **„Die Partei nutzt die Kommunalparlamente lediglich als Sprungbrett zur nächsten Wahlebene, als Sprungbrett in den Landtag Sachsen-Anhalts.“** Begrich zitiert den NPD-Landesvorsitzenden Matthias Heyder, der zu den Kommunalwahlen 2009 geäußert habe: „In Sachsen Anhalt wird die NPD jetzt beweisen, dass wir gerade in den Großstädten tief verwurzelt und stark verankert sind. Wir werden in Fraktionsstärke in die Kommunalparlamente einziehen und damit ein deutliches Signal für kommende und noch bedeutendere Wahlen in Sachsen-Anhalt geben.“ Begrich wertet dies als eindeutige Kampfansage an die anderen Parteien und als identitätsstiftende NPD-Selbststilisierung, als eigenes Schulterklopfen an die Adresse der Mitglieder und SympathisantInnen.

Als externe Faktoren, die Erfolgsbedingungen rechtsextremer Parteien begünstigen könnten, seien vor allem soziale und demografische Entwicklungen zu benennen. Soziale Abstiegsängste brächten manche Bevölkerungsteile dazu, aus Protest ihre Stimme rechten Parteien zu geben. Beispielhaft stehe hierfür der Einzug der DVU 1998 mit 12,9 Prozent in den Magdeburger Landtag. Zudem spiele die Politikverdrossenheit den Rechten in die Hände: **„Je verdrossener, je frustrierter die Menschen mit dem ‚etablierten System‘ sind, je weniger sie den demokratischen Parteien zutrauen, desto eher sind sie auch geneigt, ihren Frust nicht nur zu Hause auszutragen.“** Wenn es der NPD gelänge, dieses Frustpotential aufzugreifen, bestehe die Gefahr, dieses am Ende in Wählerstimmen umzumünzen. Auf unterschiedliche Studien der letzten Zeit berufend stützt Begrich die Einschätzung, dass rechtsextreme Einstellungen, Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus oder Sozialdarwinismus in Teilen der Bevölkerung verbreitet sind und Schnittmengen bilden mit den Positionen der NPD. Laut der Erhebung „Die Mitte in der Krise“, würden demnach in Sachsen-Anhalt mehr als ein Drittel der BürgerInnen extrem ausländerfeindlichen Positionen zustimmen. Speziell in ostdeutschen Bundesländern gebe es wenig StammwählerInnen und ein hohes WechselwählerInnenpotential. Je nach politischer Stimmungslage könnte davon auch die NPD profitieren.

Das Politikangebot und die organisatorische Verfasstheit demokratischer Parteien spiele außerdem eine herausragende Rolle. Können demokratische Parteien Antworten auf die Sorgen und Nöte der BürgerInnen geben, sei dies für die Aussichten der NPD schlecht: **„Der Rechtsextremismus ist dort stark, wo die Demokratie schwach ist.“** Das betreffe sowohl infrastrukturelle Aspekte wie auch die Aktivitäten demokratischer Parteien vor Ort. Gelegenheitsstrukturen, wie öffentlich verhandelte Themen und Diskurse, die auf der Schiene rechter Parteiprogramme liegen, könnten der NPD Wählerstimmen einbringen, sofern sie in der Lage seien, die Debatte deutungsmächtig zu nutzen. Als Beispiel nennt Begrich hier die so genannte Sarrazin-Debatte ohne sich darauf festzulegen, ob die NPD diese in der heißen Phase des sachsen-anhaltinischen Wahlkampfes in Stellung bringen wird.

Als interne Erfolgsfaktoren – organisationsinterne Aspekte der Partei – schlage zudem die Anzahl der Mitglieder und die regionale Verankerung der NPD zu Buche. Die Akquise von WahlkampfhelferInnen und die darüber transportierten Inhalte, das Vorhandensein populärer und integrierbarer

KandidatInnen und das Konkurrenzangebot aus der rechtsextremen Parteienlandschaft seien ebenso zu berücksichtigen.

Nach der Analyse von Pascal Begrich versuche sich die NPD in Sachsen-Anhalt derzeit, ein seriöses und lupenreines Image zu verpassen und vor allem den Mittelstand anzusprechen. All diese Bemühungen konzentrierten sich darüber hinaus auf einen personalisierten Wahlkampf, fast ausschließlich abgestimmt auf den Spitzenkandidaten Matthias Heyder. Er solle „einen Mann des Mittelstandes und der Wirtschaft“ präsentieren. Auf den vorderen Plätzen der Kandidatenliste seien zudem ehemalige Kader der ‚Jungen Nationaldemokraten‘ (Jugendorganisation der NPD; Anm. d. Red.) zu finden, deren Wurzeln im militanten und extremeren Spektrum des Rechtsextremismus zu finden seien. Es wäre überdies deutlich zu konstatieren, dass dieses Spektrum die Partei noch immer stark präge, auch wenn sich die NPD nach außen gern einen „wertkonservativen Anstrich“ verpassen würde.



Neben den NichtwählerInnen plane die NPD gezielt, Erst- und Jungwähler anzusprechen. NichtwählerInnen zu erreichen sei für alle Parteien eine fast unüberwindbare Hürde. Da mache die NPD keine Ausnahme. Wenn überhaupt, ließe sich diese Gruppe nur mit stark emotionsgeladenen Themen zum Gang an die Wahlurne animieren.

Für Pascal Begrich steht indes fest, dass die NPD klassische rechtsextremen Themen wie Ausländerfeindlichkeit, innere Sicherheit oder den historischer Nationalsozialismus aus ihrem Wahlkampf heraushalten wird, um ihr Saubermann-Image nicht zu gefährden. Vielmehr werde sie wohl versuchen, mit mehrheitsfähigen Aspekten zum Umweltschutz, der sozialen Gerechtigkeit, den Debatten um Kreisgebietsreformen oder den Ärztenotstand in ländlichen Regionen zu punkten. Auch sei damit zu rechnen, dass die rechtsextreme Partei regionale Themen wie z.B. den Braunkohleabbau aufgreifen werde. Dabei spräche sie sich mal dafür und mal dagegen aus – je nachdem, mit welcher Position mehr Zuspruch zu verbuchen sei. Trotz eines wohl weichgespülten Wahlkampfes vertrete die Partei im Subtext ihrer Slogans stark völkische und nationalistische Thesen. Die biedere Verpackung, so schätzt der Referent ein, werde eine Demaskierung und Entlarvung, gerade für die demokratischen Parteien, wohl nicht einfach machen.

Einen allzu materialintensiven Wahlkampf sieht der Referent aufgrund der dünnen Finanzdecke nicht auf die BürgerInnen zukommen. Je nach Region, werde die NPD voraussichtlich mit häufiger Präsenz von Informationsständen im Wochenrhythmus versuchen, den Wahlkampf in einer Stadt oder Gemeinde zu dominieren.

„Die NPD wird von vielen als das angesehen, was sie ist: Eine neonazistische Weltanschauungspartei“, so Begrich. Daher würden auch viele Menschen, die tendenziell ausländerfeindliche Positionen vertreten und Schnittmengen mit der NPD aufweisen, diese dennoch nicht wählen. Wichtig für demokratische Parteien sei demnach, nicht einer Strategie der Themenvermeidung zu präferieren, sondern auch heikle Themen aufzugreifen und diese zu besetzen. Das eigene Bewusstsein einer demokratischen Einstellung und der vehemente Widerspruch gegen rassistische Äußerungen seien eine grundlegende Notwendigkeit in der Auseinandersetzung mit dem parteipolitisch verfassten Rechtsextremismus. Ein möglichst breitgetragener Aufruf, demokratische Parteien zu wählen, könne da einen Ansatz darstellen: „Wo dieser Widerstand fehlt, wird das Schweigen als Zustimmung gewertet.“

Das A und O beim Umgang mit der NPD im Wahlkampf, sei überdies das Erkennen und Wissen. Darauf aufmerksam zu machen, dass die NPD in der eigenen Kommune Wahlkampf betreibt, wäre grundlegend wichtig. Im Zweifelsfalle reiche es in einer Diskussion jedoch nicht aus, zu entgegnen: „Die NPD ist schlecht, weil sie schlecht ist.“ Die Argumentationskette müsse auch konkrete Punkte aus dem Parteiprogramm enthalten und so über rechtsextreme Versatzstücke informieren.

Unmissverständliche „Totschlagsargumente“ gegen eine Zusammenarbeit mit der NPD werden dann auch prompt aus dem Publikum verlangt. Pascal Begrich liefert eins: **„Auch wenn die NPD in Deutschland zugelassen ist, also eine legale Partei ist, heißt das noch lange nicht, dass sie eine demokratische Partei ist.** Sie vertritt kein Demokratieverständnis, wie es in einer Demokratie vertreten wird, mit der unantastbaren Würde jedes einzelnen Individuums.“ Das Ziel der NPD sei, dass könne jeder lesen, der es lesen will, die Demokratie abzuschaffen. Begrich untermauert seine Aussage mit einem Zitat des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Vogt: „Wir wollen die BRD ebenso abwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt hat.“ Der Demokratiebegriff wie ihn die NPD beschreibe, sei abgestellt auf Volksgemeinschaft und Blutszugehörigkeit. Viele der Leitgedanken würden sich so oder so ähnlich auch bei den Nationalsozialisten wiederfinden lassen. **„Die NPD streitet nicht für die Demokratie – das was sie Demokratie nennen, ist keine. Es ist eine Elitenherrschaft über eine Volksgemeinschaft“**, resümiert Begrich.

Der Einsatz für einen „homogenen, völkischen und deutschen Nationalstaat“, so wie ihn die Partei in ihrem Programm ausweist, setze eine strikte Trennung von Deutschen und Nicht-Deutschen voraus und trage damit eine „sehr starke rassistische, ausländerfeindliche Komponente“. Unter dem Slogan „Umweltschutz ist Heimatschutz“ trete die NPD für ein „lebensrichtiges Menschenbild“ ein und propagiere damit, dass jeder Mensch „per Definition, per Kultur und Biologie“ in eine bestimmte Region gehöre.

Der Duldung der NPD als eine normale Partei unter vielen, müsse ein Riegel vorgeschoben werden: „Weil es eben nicht eine ganz normale Meinung unter vielen ist, für die prinzipielle Ungleichwertigkeit von Menschen einzutreten und menschenfeindliche Ideologien zu vertreten.“ Die NPD sehe sich als System-Opposition nicht nur zu diesem Staat, sondern auch zur Idee der Demokratie. Dennoch macht der Referent keinen Hehl aus seinem persönlichen Standpunkt zur Frage ob die NPD verboten werden sollte: **„Eine Demokratie, die etwas auf sich hält und demokratische Prinzipien hochhält, sollte es durchaus aushalten können.“** Das schließe nicht aus, dass man sich natürlich gegen die NPD positionieren müsse.

Problem- und Handlungsfeldanalyse

Im Kern diskutierten die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe Handlungsmöglichkeiten angesichts rechtsextremer Ereignislagen wie der alljährlichen Demonstration der „Freien Nationalisten“ im Kontext des Jahrestages der Bombardierung der Stadt. Zweifellos ist und bleibt die Planung und Umsetzung des demokratischen Protestes gegen den rechten „Trauermarsch“ ein Schwerpunkt der AG, der in Form und Ausrichtung auch durchaus umstritten ist. Fragen nach weiteren thematischen Schwerpunkten konnten aufgrund des zeitlichen Rahmens an dieser Stelle nicht vertieft werden.

Gelungen ist in dem Workshop die praxisnahe Vernetzung mit AkteurInnen, die sich bisher noch nicht direkt an der Arbeit der AG beteiligt hatten. Neue Mitwirkende konnten integriert und kommunikative Unwägbarkeiten beseitigt werden.

Zielvorstellungen und Arbeitsschwerpunkte im Überblick

Angekommen bei diesem Hauptthema der Runde, entstanden diverse Diskussionsstränge zu einzelnen Teilaspekten. In dieser erweiterten Runde entbrannte teils emotionsgeladen eine grundlegende Debatte, ob es im Sinne aller Beteiligten sei, die Neonazidemonstration auch zukünftig wieder mitten durch die Stadt verlaufen zu lassen oder ob nicht versucht werden sollte, dies von vornherein zu unterbinden. Die Strategie, den Neonazis lediglich Straßen in Randgebieten zu überlassen stand der Konfrontationsstrategie der letzten beiden Jahre gegenüber. Hierbei wurde vorsätzlich daraufgesetzt, sowohl den Dessauer BürgerInnen vor Augen zu führen, dass sich ‚diese Neonazis‘ auch tatsächlich durch die Stadt bewegen und dieser Aufmarsch nicht nur per Medienmeldungen wahrnehmbar ist. Andererseits war es bisher – wenn auch oft heiß debattiert – Konsens im Netzwerk, den TeilnehmerInnen des rechtsextremen Aufzuges in direkter Sicht- und Hörweite vermitteln zu wollen, dass diese in der Stadt unerwünscht seien. Dass dies wiederholt eindrucksvoll funktioniert habe, darüber waren sich die meisten Anwesenden einig, wenngleich dieser Umstand nicht über einen Optimierungsbedarf bei der zukünftigen Planung und Umsetzung des demokratischen Protestes hinwegtäuschen dürfe.

Ideensammlung zur praktischen Umsetzung der Ziele

Die Debatte wie demnächst mehr BürgerInnen zu den Protesten zu mobilisieren seien, brachte einige neue Ideen und reflektierte kritisch die Ansätze der Vergangenheit. Sowohl über die Notwendigkeit einer noch breiteren Beteiligung als auch über die Implementierung innovativer und kreativer Protestelemente herrschte Einigkeit. In diese Überlegungen flossen zudem „Best Practice“-Beispiele aus anderen Städten und Regionen des Landes ein. Auch der Informationsbedarf zu Möglichkeiten und Grenzen des zivilen Ungehorsams, soll im Vorfeld des anstehenden Protestes im März 2011 gedeckt werden.

Verabredungen, Vereinbarungen und nächste Schritte

Zur kommenden Sitzung am 17. Januar 2011, 17.00 Uhr im Rathaus (Raum 270) sind weitere Interessierte eingeladen, den demokratischen Protest am 12. März 2011 mit zu gestalten. Die zukünftigen AG-Verantwortlichen - und damit auch die DelegiertInnen für die Sitzungen des SprecherInnenrates – sind demnach:

Anke Berghäuser (Personalrat Städtisches Klinikum)

Marco Steckel (Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg und Dessau-Roßlau)

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2 (Bildungsarbeit und Lokalgeschichte)

Moderation: Christine Sattler (Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V)



Problem- und Handlungsfeldanalyse

Was wollen wir mit dieser AG 2011 erreichen? Diese zentrale Frage besprachen im Workshop der Arbeitsgruppe 2 fast 20 Teilnehmer miteinander. Der Diskussionsverlauf zeigte vor allem, dass die Meinungen zum Selbstverständnis, den gemeinsamen Zielen und Schwerpunkten und einer abgestimmten Strategie zum Teil sehr weit auseinanderklafften. Während einige Gäste die Notwendigkeiten einer dezidierten Abstimmung in der Bildungsarbeit, gerade in den Handlungsfeldern Demokratieförderung, antirassistische/interkulturelle Sensibilisierung, Menschenrechterziehung und Rechtsextremismusprävention im Sinne einer stärkeren Vernetzung in der Initiativenlandschaft explizit befürworteten, konnten andere nicht ausmachen, wie die AG dies in ihrer derzeitigen inhaltlichen, administrativen und strukturellen Verfassung überhaupt leisten könne. All dies kulminierte in einem grundsätzlichen Debattenstrang: Was können wir an diesem Ort überhaupt gemeinsam entwickeln und wie verbindlich sind diese Absprachen überhaupt? Um es gleich vorwegzunehmen, eine endgültige Antwort auf dieses kritische Reflektieren konnte am 23. November 2010 nicht gefunden werden, stellten doch nicht wenige DiskutantInnen die weitere Existenz der Arbeitsgruppe insgesamt zur Disposition. Die Entscheidung wurde vertagt.

Zielvorstellungen und Arbeitsschwerpunkte im Überblick

Die Moderatorin stand nun vor der Herausforderung ganz unabhängig davon, ob das Engagement und die Expertise zukünftig in andere Gremien des Netzwerkes aufgehen oder die Arbeitsgruppe unter diesen inhaltlichen Prämissen doch weiterarbeitet, perspektivische Ideen auf das Tableau zu bringen. In einem Punktesystem sprachen sich die Teilnehmer dafür aus, insbesondere die bestehenden Angebote und Produkte im Bildungs- und Sensibilisierungssektor niedrigschwellig und barrierefrei zu den potentiellen Zielgruppen zu bringen. Ganz konkret wurde dabei immer wieder auf das Projekt einer MEDIATHEK abgezielt, deren Projektleiter das Vorhaben zudem vorstellte. Die internetgestützte Datenbank, gefördert und inhaltlich begleitet durch den Lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz, soll nachnutzbare Medien und erprobte Ansätze und Methoden wie pädagogische Handreichungen, Filme, Broschüren und andere Formate für den präventiven Einsatz in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und der Erwachsenenbildung zur Verfügung stellen. Eine neue Qualität in der Bildungsarbeit der Stadt, die trotz aller unterschiedlichen Interpretationen zur Wirksamkeit der AG auf eine ungeteilte Zustimmung traf.

Ideensammlung zur praktischen Umsetzung der Ziele

In diesem Punkt fokussierte sich die ergebnisorientierte Strategieentwicklung vor allem auf ein Verfahren zur zukünftigen redaktionellen Pflege der MEDIATHEK. Hier scheint es angebracht, so die DiskutantInnen, Regularien und Kriterien zu entwickeln und damit eine kontinuierliche Ausweitung des Angebotes zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang wurde zudem beraten, wie bereits bestehende Strukturen, Netzwerke und informelle Zugänge dafür genutzt werden könnten, um auf die MEDIATHEK punktgenau und zielgruppenspezifisch aufmerksam zu machen. Dabei wurden Wege der direkten Ansprache an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ebenso präferiert wie die Nutzung von Gremien und Arbeitssitzungen in den entsprechenden Sozial- und Wirkungsräumen.

Verabredungen, Vereinbarungen und nächste Schritte

Die AG trifft sich zu ihrer nächsten Zusammenkunft am 26. Januar 2011 ab 16.00 Uhr im Dessauer Rathaus (Raum 226).

Die bisherige AG-Verantwortliche Rebekka Paul wird zu dieser Zusammenkunft einladen und danach von dieser Funktion zurücktreten.

Die zukünftigen AG-Verantwortlichen - und damit auch die DelegiertInnen für die Sitzungen des SprecherInnenrates – sind demnach:

Karin Hildebrandt (Servicestelle SCHULE OHNE RASSISMUS; Deutsche Angestellten-Akademie)

Dietrich Bungeroth (Pfarrer i. R.)

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 3 (Strategieentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

Moderation: Jan Barthelheimer (AWO-Landesverband; Referat Demokratie und Toleranz)

Problem- und Handlungsfeldanalyse

In der Arbeitsgruppe 3 diskutierten die TeilnehmerInnen zentrale Fragen, die aus ihrer Sicht für die zukünftige strategische Wirksamkeit des Netzwerkes und dessen noch engere Einbindung in die engagierte Stadtgesellschaft von immenser Bedeutung sind.

Einen breiten Raum in der Debatte nahm dabei das Verhältnis zum Bündnis gegen Rechtsextremismus Dessau-Roßlau (BgR) ein. Einige DiskutantInnen, die sich sowohl im Netzwerk als auch im BgR aktiv einbringen, wiesen auf einen dringenden Klärungsbedarf hin. Es müsse darum gehen, gemeinsame Aktivitäten und Handlungsstrategien zu entwickeln. Diese Forderung war in der Arbeitsgruppe durchaus konsensfähig. Gerade im Sinne eines Transfers von Erfahrungen und der damit verbundenen Synergieeffekte, sollten die Fachexpertisen aus beiden Zusammenschlüssen genutzt werden, um vor allem Maßnahmen der Rechtsextremismusprävention weiter zu qualifizieren. Das BgR besitze so zweifellos die Kompetenz, gerade bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum, wichtige organisatorische und operative Aufgaben zu stemmen. Im Netzwerk wiederum, versammle sich eine hohe Beratungs- und Monitoringkompetenz im Handlungsfeld. Dies, so einige Teilnehmer, sei schließlich ein Hauptgrund dafür gewesen, dass sich das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE im Dezember 2009 gegründet habe. Dabei wurde an den intensiven Diskussionsprozess erinnert, der der Gründung vorausging. Der entscheidende Impuls für diese Debatte im Herbst 2008 sei ja gerade vom BgR ausgegangen. Das Bündnis habe damals festgestellt, dass seine Mobilisierungsfähigkeit – und damit auch die Wirkungsmächtigkeit in der Stadt – dringend ausbaufähig erscheine. Eine Konsequenz aus dieser Analyse: Die Bemühungen um eine demokratische Alltagskultur müssen breiter aufgestellt werden. Und das, da waren sich alle Beteiligten einig, ist mit GELEBTE DEMOKRATIE tatsächlich gelungen.

Nun treten auch bekannte Persönlichkeiten und Gesichter für eine weltoffeneren und toleranteren Stadt ein, die ohne das Netzwerk wohl nicht den Weg in den Themenkreis gefunden hätten. Diesen Türöffnerbonus gelte es, strategisch und inhaltlich einzusetzen, um noch mehr Menschen, Institutionen und Sozialräume zum aktiven Handeln zu motivieren.

WS3 Strategieentwicklung u. Öffentlichkeitsarbeit

Thema	Aspekte	Verank.	Zeitschiene
(mittelfr.) Strategie- setzung	<ul style="list-style-type: none"> - Aufgabenteilung - Aufgabenb. (inhalt. Disk.) - Vereinnahmungsstendenzen vermeiden → Synergien - Vorbetungs- u. Entscheidungs-kompetenzen klären 	AG-TN 3 ↳ AG1 + AG2	Anf. 20M/1Q
Selbstverständnis ⇒ Botschaft inhaltl. Schwerpunktsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Klärung der Strukturfragen → <u>Wer distribuiert Info?</u> - Synergieeffekte durch Akteursbreite und bestehender Bündnisse - Überwindg. <u>Flaschenhalsproblem</u> 	<p>Verortung Bündnis: Rechts</p> <p>Wer kommuniziert? AG Verantwortlicher?</p> <p>ALLE?</p> <p>Kommunikationshygiene (Interim Bereich & Forum!)</p>	1. Q 2011
intern. Kommunik.	<ul style="list-style-type: none"> - Schulen - Jugendliche ↳ <u>Erstwähler</u> 	Verortung der Akteure	1. Q 2011
Kalendersystem ⇒ Web-basiert	<ul style="list-style-type: none"> → Nutzung der Homepage der Akteure → Medien OK → Interviews → diskussionsorientiert mit Jugendl. + Kinder 		
externe Kommunik. „Öffentlichkeitsarbeit“			
① Wahlkampf März 2011			
② Medienwerkstatt			
③ Präsenzveranstaltung			
<p>Themat. ⇒ Groß-AG für übergreifende Botschaft des Netzwerks</p> <p>↳ 1. Q 2011 (Termin) ⇒ Themat. AG zum Thema zum Handlungsplan Ret</p>			

Intensiv kam zudem die interne und externe Kommunikation im und aus dem Netzwerk zur Sprache. Hier sahen alle Gäste der AG einen erheblichen Steuerungs- und Abstimmungsbedarf. Wer distribuiert welche Informationen und stellt diese ins Netzwerk ein? Wie sieht es mit Regelungen zur „Kommunikationshygiene“ aus? Wie kann das „Flaschenhalsproblem“, also die Übersättigung mit

Informationen, abgebaut und eingedämmt werden? Was kann getan werden, damit die Posting-Bereiche der Netzwerk-Homepage von den AkteurInnen angenommen werden? Wie und von wem werden die Elemente der strategischen Öffentlichkeitsarbeit (Plakate, Flyer, Banner, Image-Clip) zur Multiplikation der Netzwerk-Kernbotschaften eingesetzt? All diese Fragen wurden sehr konstruktiv, aber auch ergebnisoffen, diskutiert. Während einige DiskutantInnen dabei der Meinung waren, dass die informelle Kommunikation in den einzelnen Arbeitsgruppen durchaus einen geregelten Charakter habe und durchaus transparent sei, plädierten andere für eine strukturelle Nachbesserung. Außerdem, so ein Diskussionsstrang, sei die Qualität und Aktualität der internen Kommunikation in den verschiedenen Arbeitsgruppen sehr unterschiedlich und insbesondere abhängig von den Ressourcen und dem Engagement der jeweiligen AG-Verantwortlichen. Als problembehaftet wurde indes der Umstand markiert, dass die Homepage des Netzwerkes als zentrales Element der Außenkommunikation, von den Mitgliedsorganisationen nicht angenommen und genutzt werde. Die bislang ausschließliche redaktionelle Betreuung durch einzelne Mitglieder der Arbeitsgruppe 3 könne keine dauerhaft anzustrebende Lösung sein, weil damit keine repräsentative Berichterstattung zu machen sei.

Die Arbeitsgruppe befasste sich zudem mit den Herausforderungen, die auf das Netzwerk in den kommenden Monaten zu kommen wird. Dabei stand insbesondere die Auseinandersetzung mit dem NPD-Wahlkampf zur bevorstehenden Landtagswahl im Fokus. Eine Forderung in diesem Bereich: Das Netzwerk muss hier durch Präsenzveranstaltungen und neue Formen und Formate der Ansprachekultur in der Stadt sichtbar werden.

Zielvorstellungen und Arbeitsschwerpunkte im Überblick

Eine strukturierte und gleichberechtigte Zusammenarbeit der Initiativen, Institutionen und AkteurInnen im Bereich der Rechtsextremismusprävention- und Intervention kann als ein wichtiges Handlungsziel ausgewiesen werden. Nicht minder wichtig erschien den DiskutantInnen eine Qualifizierung der Binnenkommunikation und der strategischen Öffentlichkeitsarbeit nach Außen. In der Auseinandersetzung mit dem zu befürchtenden aggressiven NPD-Landtagswahlkampf gelte es zudem, neue Akteurs- und Zielgruppen einzubinden und mit spezifischen und passgenauen Formaten und Angeboten aufzuwarten.



Während diese Zielformulierungen noch auf einem relativ hohen Abstraktionsniveau abgefasst wurden, entwickelte die Arbeitsgruppe zur Umsetzung wesentlich Handfesteres.

Ideensammlung zur praktischen Umsetzung der Ziele

Die Arbeitsgruppe 3 regt eine dauerhafte oder kontinuierlich verfasste AG Rechtsextremismus an, in der die engagierten MitstreiterInnen aus dem Bündnis gegen Rechtsextremismus eine tragende und aktive Rolle spielen. Eine erste Sitzung dieses Gremiums könnte bereits im Januar 2011 stattfinden.

Die TeilnehmerInnen haben sich darauf verständigt, gemeinsam Richtlinien zur internen Kommunikation zu entwickeln, die Vorschläge zu Zuständigkeiten, informellen und inhaltlichen Verfahren beschreibt. Diese Vorschläge sollen dann in einer transparent rückgekoppelten Debatte in den anderen Netzwerk-AG`s und dem SprecherInnenrat besprochen und verabschiedet werden. Ein erstes Diskussionspapier kann dazu im 1. Quartal 2011 vorliegen.

Die Nutzung der Netzwerk-Homepage als Kommunikationsplattform nach Außen soll forciert und qualifiziert werden. Dazu sucht die Arbeitsgruppe 3 im 1. Quartal 2011 den Kontakt zu aktiven Mitgliedsorganisationen und evaluiert praxisnahe und ressourcenorientierte Umsetzungsmöglichkeiten.

Die Elemente der strategischen Öffentlichkeitsarbeit sollen raus aus dem Netzbüro und rein in die (virtuelle) Stadt. Dazu wird die AG im 1. Quartal 2011 u. a. ein tragbares Konzept einer Wanderausstellung (Plakatreihe) entwickeln und in einer Umfrage erheben, welche Mitgliedsorganisationen mit Internetpräsenz bereit sind, auf ihren Webseiten Links zur Netzwerkseite zu veröffentlichen oder den Image-Clip zu posten.

Im Zusammenhang mit dem NPD-Wahlkampf regt die AG an, im Februar und März 2011 gezielt auf Erst- und JungwählerInnen zu zugehen. Dabei scheint eine gemeinsame Aktion mit Bildungsträgern aus dem Netzwerk, dem Lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz (Projekträger und Begleitausschuss) und weiteren AkteurInnen besonders Erfolg versprechend zu sein. Zudem wurde die Idee entwickelt, mit Hilfe von altersspezifischen Formaten in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und weiteren informellen Treffpunkten Präsenz zu zeigen. Eine Möglichkeit: Ansprechend produzierte Kurzfilme oder Trailer mit Unterstützung des Offenen Kanals.

Verabredungen, Vereinbarungen und nächste Schritte

Die AG trifft sich zu ihrer nächsten Zusammenkunft im Januar 2011. Der konkrete Termin wird noch bekannt gegeben

Die AG-Verantwortlichen - und damit auch die DelegiertInnen für die Sitzungen des SprecherInnenrates - sind:

Sabine Falkensteiner (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Dessau-Roßlau)

Folker Bittmann (Leitender Oberstaatsanwalt Dessau-Roßlau)

Steffen Andersch (Lokaler Aktionsplan für Demokratie und Toleranz)

Zwischenbilanz und Ausblick

Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE hat in den fast 12 Monaten seines Bestehens viel erreicht. Eine kleine Erfolgsgeschichte, die durchaus auch überregional auf Beachtung stößt: Die Kampagne der öffentlichen Ansprache mit einer innovativen Plakatreihe, einer ansehnlichen Homepage und einem durchaus professionellen Imageclip. Auch in Sachen BürgerInnenbeteiligung hat das Netzwerk neue qualitative Maßstäbe gesetzt. Erinnerung sei dabei vor allem an die Logoentwicklung, die im wirklichen Wortsinne eine GELEBTE war. Immerhin flossen 400 Einsendungen aus der Stadtgesellschaft in das markante Gesamtarrangement ein.

Die Prozesse und Diskussionen waren nicht immer leicht, oftmals anstrengend und haben nicht wenige AkteurInnen an die eigenen Belastungsgrenzen gebracht. Doch im Ergebnis hat sich an einigen Stellen im Netzwerk eine ganz eigene Diskurskultur entwickelt. Gerade dieses doch sehr spezielle Innenleben zeigt, dass Menschen dieser Stadt, so unterschiedlich die eigenen Wertvorstellungen, Lebensentwürfe und weltanschaulichen Vorprägungen auch sein mögen, in einem Ort wie dem Netzwerk zusammenkommen können, sich streiten, kontrovers debattieren und schließlich gemeinsame Lösungen finden können. Gerade die Diskussionen in den Arbeitsgruppen haben aber auch plastisch vor Augen geführt, dass das Selbstverständnis in den einzelnen Gremien sehr unterschiedlich ausgeprägt ist.

Nicht wenige BürgerInnenbündnisse können von sich behaupten, einen Leitenden Oberstaatsanwalt, einen Chefarzt und eine antirassistische Basisinitiative als durchaus gleichberechtigte Mitglieder auf Augenhöhe in ihren Reihen zu haben. Beim Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE ist das so: ein bunter Schüttelmix von konservativ bis alternativ.

Dieser Umstand sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Zusammenschluss noch längst nicht alle Sozialräume und Akteursgruppen erreicht hat, von einer gesellschaftlichen Pluralität mit einem repräsentativen Querschnitt noch ein ganzes Stück entfernt ist. Dies zu ändern, ist eine Aufgabe für die nächsten Monate. Eine andere und nicht mindere wichtige Herausforderung ist, wie das Netzwerk seinen Teil dazu beitragen kann, eine stärkere BürgerInnenbeteiligung nicht nur bei einem Logo einzufordern, sondern diese breit angelegt zu ermöglichen. Die bundesweiten Debatten werden um Dessau-Roßlau keinen Bogen machen. Denn ein Rund-um-Wohlfühlort mit einer weltoffenen Alltagskultur ist diese Stadt noch längst nicht. Dass sie es in naher Zukunft etwas mehr wird, dafür lohnt sich der Einsatz und das unermüdliche Engagement allemal. Nicht nur im Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE.



Impressum

Herausgeber: Alternatives Jugendzentrum e.V. Dessau

Textredaktion: Steffen Andersch, Mario Bialek (zugleich V.i.S.d.P.)

Fotos und Gestaltung: Mario Bialek,

Lektorat: Caroline Doller

Erscheinungsdatum: 20. Dezember 2010; Dessau-Roßlau